

Bundesamt für Polizei fedpol
Nussbaumstrasse 29
CH-3003 Bern

Zürich, den 6. März 2018 HW/SSD/JK

Vernehmlassung über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie uns die Gelegenheit geben, uns zur Vernehmlassung über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) zu äussern.

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinden der Schweiz bezwecken wir die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der hier ansässigen Juden. Zu unseren wichtigsten Anliegen gehören die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz und deren Institutionen sowie die Prävention von Antisemitismus und Gewalt gegenüber Menschen jüdischen Glaubens. Juden und jüdische Institutionen gerieten in den vergangenen Jahrzehnten weltweit regelmässig in den Fokus terroristischer Gruppierungen. In den letzten Jahren hat sich die Situation noch zuspitzt: Jüdische Personen und Einrichtungen wurden vermehrt von Terroristen angegriffen, beispielsweise in Frankreich, Dänemark und Belgien.

Die jüdischen Gemeinden der Schweiz sind seit Jahren gezwungen, zum Schutz ihrer Mitglieder Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und grosse Summen in die Sicherheit zu investieren. Nach den Terrorangriffen in mehreren europäischen Ländern hat sich der Aufwand noch einmal erhöht. Auch wenn die hiesige jüdische Gemeinschaft bisher vor terroristischen Angriffen verschont geblieben ist, sind Juden auch in unserem Land körperlich angegriffen und Synagogen beschädigt worden. Terroristische oder extremistische Attacken können in Zukunft in der Schweiz nicht ausgeschlossen werden, wie dies auch der Lagebericht 2017 des Nachrichtendienstes des Bundes bestätigt.

Aus diesem Grund unterstützen der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS die Bemühungen des Bundes zur Abwehr von Terrorismus jeglicher Art. Besonders befürworten wir eine ganzheitliche Herangehensweise, um Radikalisierung zu verhindern, Terroranschläge abzuwehren und Repression bei getätigten Gesetzesverstössen vorzunehmen, sowie die Angleichung an Massnahmen, welche in anderen europäischen Ländern (welche Erfahrungen mit Terroranschlägen haben) schon vorhanden sind.

Besonders positiv sehen wir einerseits Präventionsmassnahmen, so dass es möglich sein wird, nicht nur Terroranschläge, sondern schon die Radikalisierung vor allem junger Menschen zu verhindern. Andererseits ist auch die Resozialisierung nach verbüsster Haftstrafe wichtig, damit diese Personen nicht im gleichen Muster oder sogar noch schlimmer weiterfahren.

Ebenso wichtig erscheint uns aber auch, dass der Vorentwurf die Bundeskompetenzen im Bereich der Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten stärkt (Vorentwurf Art 23e ff

des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit). Gerade im Bereich der Verhinderung und Bekämpfung von terroristischen Straftaten scheint uns besonders wichtig, dass gewisse Aufgaben schweizweit geregelt werden. SIG und PLJS sind denn auch für eine Ausdehnung der Bundeskompetenzen in anderen Bereichen der Massnahmen gegen Terrorismus.

Neben den vorgeschlagenen Massnahmen befürworten wir auch die Schaffung von Beratungsstellen, an welche sich Eltern, Lehrer und andere Beteiligte vertrauensvoll wenden können, wenn sie befürchten, dass bei gewissen jugendlichen die Gefahr einer Radikalisierung besteht.

Der SIG und die PLJS befürworten aus diesen Gründen das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus vollumfänglich.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Herbert Winter
Präsident SIG



Sabine Simkhovitch-Dreyfus
Vizepräsidentin SIG



Peter Jossi
Co-Präsident PLJS